

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Gewerbestrategie: „Flächenfressende Konkurrenz“

Wachstumswahn der SPD

Für die SPD haben „30-35 Hektar kernstadtnahe Gewerbefläche .. klare Priorität“, Gemeinderat H. Steur will „Entwicklung ermöglichen“. Ist das Vorzimmer von OB Neher kernstadtnah genug? Für fünf Prozent der befragten Rottenburger Betriebe will die SPD 30-35 ha Acker- und Naturflächen vernichten. Nach eigenen Angaben benötigen diese nur 7,5 ha Fläche.

Alles andere ist Spekulation, beruhend auf dem geschätzten „Mittelwert“ im Imakomm-Gutachten zwischen 10 und 105 ha. **Setzen sich SPD und CDU beim Bürgerentscheid durch, ist der Herdweg nur der Anfang.** Danach kommen „Potenzialflächen“ in Ergänzungen, Baisingen, Seebronn, Wurmlingen usw. dran! Denn sonst verkomme die Stadt „zur leblosen Schlafstadthülle“, droht ihr Finanzbürgermeister Dr. Bednarz.

In beispielloser Weise werden 1.600 neue Beschäftigte in der Dienstleistung gegenüber 67 neuen Stellen im produzierenden Gewerbe (seit 2011) abgewertet. In der ganzen Region wird nachhaltige Entwicklung durch flächenfressende Konkurrenz zerstört: 30

ha in Empfingen, 18 ha Waldrodung in Horb-Ahlfeld, 35 ha in Rottenburg, 10 ha in Dusslingen, Tübingen usw.

Im April 2015 hat OB Neher zusammen mit Rebmann (SPD) im Regional-



verband unter dem Motto „Nicht kleckern – klotzen“ neue Gewerbeflächen als erste Priorität aller Aufgaben durchgesetzt, 270 ha sind in Planung.

Nachhaltigkeit gegen Wachstum – Willy Brandts Erbe

Offensichtlich erneuert sich der Rest der einstmaligen großen Arbeitnehmerpartei, indem sie sich in eine reine Wirtschaftslobby verwandelt und das Erbe Willy Brandts mit Füßen tritt. In seinem berühmten Bericht der Nord-Süd-Kommission kritisierte er den unbremsten Wachstumswahn des Kapitalismus mit seinem Raubbau an Mensch

und Natur - „immer schneller, höher, weiter“. Diese Wachstumsideologie misst Wachstum einzig am Gewinnstreben der Konzerne und an der Arbeitsleistung der Menschen, beruht auf ihrer Konkurrenz untereinander und leugnet, dass die Ressourcen der Natur endlich sind.

An Stelle von quantitativem Wachstum setzte Brandt seine neuartige Idee von qualitativer Entwicklung. Sie beruht auf Zusammenarbeit, Vielfalt und Nachhaltigkeit aller Aspekte.

Die Wirtschaft ist der Entwicklung von Mensch und der Natur untergeordnet und hat beidem zu dienen. Entwicklung „trägt nicht nur die Idee des materiellen Wohlstands, sondern auch die von mehr menschlicher Würde, der Sicherheit, Gerechtigkeit und Gleichheit“.

Deshalb verbindet Brandt Entwicklung mit den sozialen Grundbedürfnissen der Menschen, besonders mit Gesundheit, Wohnung und Erziehung. Sein neuartiger Entwicklungsbegriff wurde Grundlage der drei Säulen der Nachhaltigkeit, dem ausgewogenen Gleichgewicht von Ökologie, Ökonomie und Sozialem. >>>>

Lesen Sie weiter:

Stuttgart 21 - Europas größtes Krematorium Seite 3

Bleiberecht für Flüchtlinge in Ausbildung und Arbeit Seite 5

Trauerarbeit Landesgartenschau Seite 9

Ratzfatz - und noch mehr Geld ist da Seite 10

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Sie bilden bis heute die Grundlage aller Diskussionen über eine nachhaltige Entwicklung unseres Globus und des Grundsatzes „Global denken – lokal handeln“.

Ringsum flächenfressende Konkurrenz

Durch die willkürliche Zerstörung von Natur und Ackerböden in unserer Region wird diese Nachhaltigkeit gefährdet: 30 ha in Empfingen, 18 ha Waldrodung in Horb-Ahlfeld, 35 ha in Rottenburg, hinzu kommen, 10 ha in Dusslingen, Tübingen und anderen Kommunen. Mit Dumpingangeboten an Unternehmen (Flächenpreise, Senkung der Gewerbesteuer!) konkurrieren sie untereinander und umgarnen BürgerInnen mit haltlosen Versprechen über mehr Arbeitsplätze und Gewerbesteuer. Die SPD rechtfertigt ihren Flächenfraß mit „Menschen, die keine höheren Bildungsabschlüsse und finanziellen Mittel haben, um zu pendeln“. Das ist zynisch! Denn es war die SPD, die mit ihren Hartz-Gesetzen die Zumutbarkeitsklausel und die erworbenen Qualifikationen von Arbeitslosen vernichtet, Leiharbeit und Befristungen entgrenzt und die Niedriglöhne ermöglicht hat. Hat sie sich jemals um eine Besserstellung der 3.900 Minijobber in Rottenburg gekümmert?

Nachhaltige Entwicklung – Gebot der Stunde

DIE LINKE tritt für eine nachhaltige Entwicklung unserer Stadt ein. Die Bedürfnisse von Handwerk und Kleinbetrieben können durch 19,5 ha Gewerbefläche, die nach Angaben der Stadt zur Verfügung stehen, gedeckt werden. Nachhaltige Arbeitsplätze entstanden in den letzten Jahren vor allem im sozialen Bereich wie Erziehung, Bildung, Pflege und Verwaltung.

Die tatsächlichen Zahlen des Statistischen Landesamtes mit fast 1.300 Arbeitsplätzen in diesem Bereich und nur 67 neuen Arbeitsplätzen im Gewerbe widersprechen den Fantasiezahlen von Reinhold Baur (CDU) über die Gewerbeansiedlung in Ergenzingen.

Dringend brauchen wir in Ergenzingen für das Pflegeheim neue Pflegekräfte, für die Kitas auf dem DHL-Gelände mehr Erzieherinnen, in der Verwaltung neue Stellen, damit wichtige Investitionen (Schulcampus Kreuzerfeld) geplant und umgesetzt werden können. Aber SPD und CDU sprechen immer nur von Arbeitsplätzen im Gewerbe. Genauso wie für Unternehmer der öffentliche soziale Bereich ein negativer „Kostenfaktor“ für ihre Gewinne ist, missachten SPD und CDU die Leistung

der Beschäftigten in Erziehung, Bildung und Pflege – als würden Arbeitsplätze und Steuereinnahmen nur im Gewerbe entstehen.

Rottenburg kann zum „Entwicklungsmotor weit über die Stadtgrenzen hinaus“ (Bednarz) werden, indem es seinen Naturreichtum bewahrt und die Erweiterung von Handwerk und Gewerbe schonend mit effektiver Nutzung vorhandener Flächen verbindet. Die Lebensqualität unseres Kleinods mit seinen Traditionen und Gewohnheiten ist Grundlage des Gemeinschafts- und Heimatgefühls.

Stimmen Sie deshalb am 21. Oktober beim Bürgerentscheid mit

„JA“



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Acht neue Kita-Gruppen südlich des Neckars Umdenken in der Verwaltung

Bei der Vorstellung der Arbeit des Kulturrats im Integrationsbeirat verkündete ihr Leiter, Karl-Heinz Geppert, eine große Neuigkeit: In den nächsten zwei Jahren werden acht zusätzliche Kita-Gruppen südlich des Neckars eingerichtet.

Jahrelang hatte **DIE LINKE** im Gemeinderat dies gefordert, weil sich im Kreuzerfeld-Süd viele junge Familien niedergelassen haben. Belegt wurde dies durch die Entwicklung der Einwohnerzahlen, die **DIE LINKE** jährlich anforderte. Aber immer hieß es: Die bestehenden Kita-Gruppen seien nicht ausgelastet, Eltern könnten ihre Kinder nach Bad Niedernau fahren, bis eine neue Kita gebaut ist, seien die Kinder schon längst groß.



Offensichtlich hat mit dem neuen Wohnquartier auf dem DHL-Gelände in der Verwaltung ein Umdenken ein-

gesetzt. Zusätzliche Gruppen wird es auf jeden Fall in St. Remigius und im DHL-Quartier geben. Die neuen Kita-Gruppen benötigen selbstverständlich auch zusätzliche Erzieherinnen.

Deshalb fordert **DIE LINKE**, dass künftig alle auszubildenden Erzieherinnen PIA-Verträge bekommen (PraxisIntegrierte Ausbildung), die endlich eine Vergütung vom ersten Ausbildungstag vorsieht. Diese Auszubildenden dürfen nicht auf die notwendigen Stellen angerechnet werden, die Gruppenleiterinnen müssen für ihre Ausbildung von Erzieherinnen freigestellt werden.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Stuttgart 21 – Europas größtes Krematorium?

Von Anfang an wurde der mangelnde Brandschutz bei Stuttgart 21 kritisiert, besonders in den Tunneln und beim Tiefbahnhof. Es wurde immer wieder „nachgebessert“, aber völlig unzureichend und ohne die Gefahr für Leib und Leben zu bannen. Kürzlich wurde nach knapp zweijähriger Bearbeitungszeit die mittlerweile 18.!! Planänderung zu den Fluchtwegen des Tiefbahnhofs vom Eisenbahnbundesamt (EBA) genehmigt, die von der Bahn als „großer Gewinn an Sicherheit und Ästhetik“ bejubelt wurde. Doch ist jetzt wirklich alles paletti in Punkto Sicherheit?

Arno Luik, der über die Jahre hinweg immer wieder kritisch über die Missstände bei Stuttgart 21 im *stern* berichtet hatte, griff in seinem neuesten Artikel das Thema Brandschutz auf und zitierte die Aussagen des international renommierten Brandschutzexperten Hans-Joachim Keim, der schon zahlreiche Brandkatastrophen begutachtet hatte, darunter auch die Tunnelbrandkatastrophe der Gletscherbahn von Kaprun im Jahr 2000, die 155 Menschen das Leben kostete.

Keim hat das 33-seitige Dossier des EBA genau unter die Lupe genommen und kommt zu dem Schluss: Der Brandschutz ist ein unlösbares Problem. Er ist der Überzeugung, dass sich spätestens bei Brandübungen vor der Inbetriebnahme des neuen Stuttgarter Bahnhofs zeigen wird, dass die „Entflechtung der Fahrgäste nicht machbar ist“. Dies bedeutet, dass bei einem Feuer nicht gewährleistet werden kann, dass die Fahrgäste in Sicherheit gebracht werden können. Im Brandfall müssten sich bis zu 24.000 Menschen retten bzw. gerettet werden – und dies (gegenüber dem bestehenden Kopfbahnhof) auf schmalere Bahnsteigen, deren Zahl auch noch von 16 auf 8 halbiert sein würde.

Somit kann die jetzt mit Ach und Krach, vielen Auflagen und Einschränkungen genehmigte Planänderung keinesfalls das Problem der Entfluchtung lösen: Überlange Fluchtwege und zu geringe Fluchtwegbreiten in den Kopfbauwerken bilden neue Engpässe, die Falltür-Ausgänge seien nur eine Notlö-

sung, weil „bauliche Zwangspunkte keine andere Lösung zulassen“.

In den Tunneln gibt es viele Engstellen, wobei die Fluchtwege an diesen Stellen gerade mal 90 cm breit sind. Besonders für Behinderte stellt sich die Frage, wie sie da mit dem Rollstuhl



durchkommen sollen. Keims Antwort: „Es wird dort Staus geben. Sie haben dann drei Möglichkeiten: Zu ersticken, zerquetscht zu werden oder zu verbrennen“. Die Belüftungsmaschinen im Tiefbahnhof erzeugen im Brandfall einen Kamineffekt, denn sie blasen riesige Mengen Sauerstoff ins Feuer, so dass selbst aus einem kleinen Brand blitzschnell ein richtiger, hochenergetischer Brand mit einer Temperatur von 1000 Grad entsteht! Die Fluchtwege führen nach oben, genau dahin, wo Rauch und Gase sich am schnellsten ausbreiten! Doch Einwände der Behindertenverbände wurden ignoriert. Die Bahn hat sogar die Dreistigkeit zu behaupten, dass gesunde Fahrgäste Behinderte huckepack nehmen sollen, um sie so ins Freie zu tragen!

Offenbar geht die Bahn davon aus, brennende ICE-Triebköpfe mit Wasser löschen zu können. Denn moderne, hochkomplexe ICE-Triebköpfe sind rollende Chemiefabriken. Kommen im Brandfall heiße Transformatoröle und Dichtstoffe mit Wasser in Berührung, entsteht ein unheimlicher Cocktail, der u. a. aus Senfgas, Phosphor und Blausäure besteht. Bereits 2001 gab es im Offenbacher Hauptbahnhof einen Triebkopfbrand, der zur Explosion führte, als ein Löschversuch mit Wasser unternommen wurde.

Das Eisenbahnbundesamt hat sich sichtlich schwer getan mit der Genehmigungserteilung, das zeigt allein die lange Bearbeitungsdauer von knapp zwei Jahren. Dies hat keineswegs mit „behördlichem Schwergang“, wie es die Bahn gern hinstellt, sondern mit

nicht lösbaren Sicherheitsfragen zu tun. Bedenken der Stuttgarter Feuerwehr und des Regierungspräsidiums Stuttgart werden kurzerhand auf eine Prüfung vor Inbetriebnahme des Tiefbahnhofs verschoben, also auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Beide würden dem gern widersprechen, wagen es aber nicht, wohl weil der politische Druck der Kanzlerin dahinter steht. Fragen, die niemand beantwortet, auch diesmal nicht.

Einmal mehr zeigt sich, dass das Eisenbahnbundesamt, statt seiner Kontrollfunktion gerecht zu werden, vor der Macht der geschaffenen Fakten, vor politischen und wirtschaftlichen Interessen in die Knie geht.

Keim sieht nur zwei Möglichkeiten, S21 zu realisieren: Entweder gibt es bei der jetzigen Planung nur dann ausreichende Sicherheit, wenn möglichst wenige Züge mit nur wenigen Reisenden in den Bahnhof fahren. Man hat dann einen Bahnhof für acht Milliarden Euro, den man nicht richtig nutzen kann. Oder aber man benutzt ihn richtig, also mit voller Auslastung und vollen Zügen, dann müsste man ihn allerdings auf die heute üblichen Sicherheitsstandards bringen, d. h., man müsste ihn fundamental umplanen. Die Kosten würden explodieren, so Keim, „auf gut 20 Milliarden Euro“.

Insgesamt kommt Keim zu einem niederschmetternden Ergebnis: **Es kulminiert der Wahnsinn! Stuttgart 21 ist nicht nur ein Staatsverbrechen, sondern hat das Potenzial, Europas größtes Krematorium zu werden!**

Wir wollen deshalb alles daran setzen, damit dieses Horrorszenerario nicht zur Realität wird, und deshalb

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

Schulcampus fürs Kreuzerfeld gefordert Mehrzweckhalle muss jetzt geplant werden

In einem Brief an die Stadt und alle Gemeinderatsfraktionen hat der Rektor der Realschule, Hartmut Schänzlin, auf den „dringenden Handlungsbedarf“ bei der Mensa, der Sporthalle und dem Ausbau der Grundschule hingewiesen.

2007 haben Grundschule und Realschule vom Land für ihren Ganztagsbetrieb Investitionsmittel erhalten. Aufgrund der wachsenden Schülerzahlen an der Grundschule (aus dem Neubaugebiet Kreuzerfeld-Süd) ist die Mensa durch diese SchülerInnen ausgelastet, die RealschülerInnen weichen auf Fast-food beim Netto aus – der Elternarbeitskreis „Gesunde Ernährung“ ist empört, denn die Kinder der 5. und 6. Klasse haben oft früher aus und dürfen erst ab 13.15 in die Mensa.

Die Grundschule braucht durch die vielen Kinder aus dem Neubaugebiet dringend eine Erweiterung. Die Zahl

der Kinder bis sechs Jahren ist von 82 (2013) auf 141 (2018), der Kinder und Jugendlichen von 114 (2013) auf 222 (2018) angestiegen. Hier hat die Stadt jahrelang eine Planung verschlafen!

Jetzt muss sie dringend zwei neue Kita-Gruppen in der Remigius-Kita einrichten, die der Kirchengemeinderat nicht finanzieren kann/will. Diese Kinder gehen dann zuerst in die wohnortnahe Grund-, dann ein Teil in die Realschule.

Für die Erweiterung der Grundschule wird aber dringend die Fläche der Sporthalle benötigt, die als eine der ältesten (Baujahr 1967) schon viele Jahre auf eine Grundsanierung wartet. Sinnvoll ist eine Mehrzweckhalle (für Schulveranstaltungen usw.) als Neubau auf dem Gelände gegenüber den beiden Schulen. Das will die Stadt „mittelfristig“ erst im nächsten Hallenkonzept 2023-2028 angehen – ein Skandal

angesichts des großen Engpasses und des Ganztagsbetriebs an beiden Schulen.

Obwohl sich im Gemeinderat **DIE LINKE**, SPD und WiR einhellig für eine sofortige Planung im Kreuzerfeld einsetzen, blieb OB Neher stur. Man habe das Hallenkonzept IV nicht einmal angefangen, da könne man nicht Teile des nächsten Plans vorziehen, das gebiete die „Verlässlichkeit“. Die Verlässlichkeit gegenüber Eltern und Kinder, die JETZT heranwachsen, zählt offensichtlich nicht.

DIE LINKE wird sich in den Haushaltsberatungen im Dezember für eine sofortige Planungsrate für eine neue Halle und für eine Gesamtplanung eines Schulcampus einsetzen, damit die jetzt heranwachsenden Kinder, Eltern und Lehrkräfte diese noch erleben!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Hoher Unterrichtsausfall an unseren Schulen Grün-Schwarz schickt 3.300 Lehrer in unbezahlte Sommerferien

In einem Schülerleben – bezogen auf acht Jahre Gymnasialzeit - fallen Stunden im Umfang von einem Schuljahr aus.

Das ist die erschreckende Bilanz einer Umfrage der Arbeitsgemeinschaft der Elternbeiräte an Gymnasien (ARGE): „Die Politik sollte nicht über G8 oder G9 streiten, wenn in Wirklichkeit G7 praktiziert wird“, so ihr Vorsitzender Michael Mattig-Gerlach.

Da das Kultusministerium nicht einmal regelmäßige Zahlen, sondern nur „Stichproben“ erhebt, mussten sie die Eltern selbst von den Schulen abfragen. Ein Viertel der Schulen antwortete trotz der Einschüchterungen durch das KuMi. Das Ergebnis: 13,5 Prozent des Unterrichts fanden nicht wie geplant statt, Kinder wurden teilweise mit dem Ausmalen von Mandalas „beschäftigt“.

Ein Sprecher des Kultusministeriums spricht von „großen Ausnahmen“. Das ist eine bewusste Irreführung der Eltern und der Öffentlichkeit. Die

Rektoren beklagen die viel zu geringe Lehrerreserve für Krankheit und Schwangerschaft. Hans-Joachim Drocour, Rektor des Schickhardt-Gymnasiums in Herrenberg: „Bereits



im September ist der Lehrermarkt normalerweise leergefegt.“

Aufgrund der Elternaktion ordnete jetzt Ministerin Eisenmann eine „Vollerhebung“ vom 11.-15.Juni an. Jetzt verkündete das KuMi, dass es 3.300 Lehrkräfte mit befristetem Arbeitsvertrag während der Sommerferien wieder in die Arbeitslosigkeit schickt – die grün-schwarze Landesregierung „spart“ dadurch 12,5 Mio. Euro. Noch in ihrem letzten Landtagswahlprogramm hatte die CDU groß-

spurig versprochen, „dass sich niemand in den Sommerferien arbeitslos melden muss“.

Mit ihren unsozialen Zeitverträgen ist die Landesregierung bundesweit Spitzenreiter, seit 2011 hat sie die Zahl der entlassenen Lehrer faktisch verdreifacht und den geballten Protest der Lehrerverbände provoziert. Denn außerdem werden 5.000 – 6.000 Referendare entlassen, die Hartz IV beantragen müssen, sofern sie nicht 12 Monate in den letzten zwei Jahren durchgängig gearbeitet haben. Viele von ihnen wandern in andere Bundesländer oder in die Schweiz ab, so dass die „Lehrerreserve“ im Ländle dahinschmilzt. Rheinland-Pfalz hat daraus die Konsequenz gezogen, dass Vertretungslehrer auch über die Sommerferien bezahlt werden.

Die Meldung, auch die Landtagsabgeordneten würden während ihrer Sitzungspause keine (gerade erhöhten) Diäten erhalten, wurde als verzeihlicher Irrtum wieder dementiert. (EP)

Bleiberecht für Flüchtlinge in Ausbildung und Arbeit

Resolution der Linken im Kreistag Tübingen (11. Juli 2018)

Der Kreistag Tübingen unterstützt die Forderung von über 80 Unternehmern aus Baden-Württemberg an Landesinnenminister Thomas Strobl, allen Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit – unabhängig von ihren jeweiligen Herkunftsländern – ein Bleiberecht zu erteilen und damit die andauernde Rechtsunsicherheit sowohl der Geflüchteten wie

auch der Unternehmen zu beenden. Dazu gehört, dass die Drei-plus-Zwei-Regel auf die einjährigen Ausbildungsgänge ausgedehnt wird. Ein sicherer Ausbildungsstatus für die Flüchtlinge kann nicht solange warten, bis der jahrelange Streit um ein Einwanderungsgesetz geklärt ist.

Die Resolution wurde von 19 Mitgliedern des Kreistags aus SPD, Linke, der Mehrheit der Grünen und einigen CDU-Lern unterstützt, die Mehrheit aus CDU und FWV lehnte ihn jedoch ab.

In seiner Rede begründete **Dr. Emanuel Peter** den Resolutionsvorschlag der **Linken**:

Herr Landrat, werte Kolleginnen und Kollegen!

Bereits vor einem Jahr haben 60 Betriebe aus allen Branchen in Baden-Württemberg von Innenminister Strobl ein Bleiberecht für die bei ihnen beschäftigten Flüchtlinge gefordert. Jetzt haben erneut über 80 Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 45 Milliarden Euro und rund 2.000 Flüchtlingen in fester Anstellung oder Ausbildung eine Initiative gebildet, darunter Schraubenkönig Würth, Vaude-Geschäftsführerin Antja von Drewitz und Trigema-Chef Wolfgang Grupp. Für ihren Geschäftsbereich spricht die IHK Reutlingen von 66 Flüchtlingen in einem Praktikum und 14 in einer Berufsausbildung als Koch, Verkäufer, Maschinen- und Anlagenbauer, oft in Berufen, in denen händeringend Nachwuchs gesucht wird. Sie stammen aus Ländern wie Afghanistan, Eritrea, Somalia, Gambia, Syrien, Iran und Irak. Betriebe und IHKs fordern von Innenminister Thomas Strobl ein Bleiberecht für ihre gut integrierten Flüchtlinge, die sie nach dem Appell der Bundeskanzlerin 2015 in ihren Betrieben aufgenommen haben und die mittlerweile unbefristete Verträge haben, Sozialabgaben und Rentenbeiträge zahlen, jetzt jedoch abgeschoben werden sollen.

Aus diesem Grund haben wir uns entschlossen, erneut eine Resolution einzubringen. Sie ist vor dem aktuellen Sommertheater in Berlin entstanden, bei dem wegen fünf bis zehn täglichen Zurückweisungen an der Grenze die Regierung durch die kleinste Gruppierung im Bundestag an den Rand des Zusammenbruchs und der Selbstzerfleischung gebracht wurde.

Doch der bildhafte Vergleich vom Sommertheater ist meines Erachtens beschönigend. Was wir aktuell erleben, ist etwas grundsätzlich Anderes: Wir steuern auf einen Zivilisationsbruch hin, bei dem mühsam errungene Menschenrechte, internationale Vereinbarungen und Grundrechte der Nachkriegszeit infrage gestellt werden. Tendenziöse Schlagworte wie Asyltourismus, Einwanderung in Sozialsysteme oder Abschiebesaboteure sollen dies rechtfertigen:

- Unbegleitet eingereiste minderjährige Flüchtlinge – das sind 45 Prozent aller aktuellen Geflüchteten – werden nach Angaben der Arbeiterwohlfahrt in Internierungslager, auch Ankerzentren genannt, eingepfercht und entgegen der UN-Kinderrechtskonvention aller elementaren Rechte beraubt. 24 Flüchtlings- und Fami-

lienverbände wie die Caritas und die Diakonie lehnen sie grundsätzlich ab. In den bayrischen Asylslagern wird Kindern der Schulbesuch verwehrt – entgegen Artikel 26 der Menschenrechtserklärung.

- Der besondere Schutz der Familie im Grundgesetz wird durch die massive Einschränkung des Familiennachzugs faktisch außer Kraft gesetzt. Angesichts von drei Millionen Flüchtlingen in der Türkei oder 20 Prozent der Bevölkerung im Libanon ist die Zahl beim deutschen Familiennachzug verschwindend gering und verschlechtert die Integration von Minderjährigen.

- Die Abfertigung von Asylsuchenden an europäischen Außengrenzen in Schnellverfahren von 48 Stunden und ihre Abschiebung in Herkunftsländer setzt jegliche Grundsätze rechtsstaatlicher Verfahren außer Kraft. Wenn Rechtsanwälte Abschiebeentscheidungen anfechten, werden sie als Angehörige einer „Anti-Abschiebe-Industrie“ diffamiert, die Letztinstanz der Gerichte wird von Politikern offen angegriffen.

- Das internationale Seerecht mit der Seenotrettung wird auf den Kopf gestellt, wenn Seenotretter zu Kriminellen erklärt und ihre Schiffe und Flugzeuge beschlagnahmt werden. Zehntausende haben am Wochenende in deutschen Städten dagegen protestiert.

All das wird in der Berliner Erklärung zum Flüchtlingsschutz vom Juli diesen Jahres kritisiert, darunter von namhaften Organisationen wie dem Bundesverband AWO, dem Gesamtverband des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, der Caritas, der Diakonie, Pro Asyl und Amnesty International. Sie weisen darauf hin, dass die bitteren Erfahrungen des 2. Weltkriegs mit seinen Millionen Flüchtlingen 1950 zur Europäischen Menschenrechtskonvention und ein Jahr später zur Genfer Flüchtlingskonvention geführt hat.

Ich persönlich sehe durch die aktuelle Politik die Grundlagen für unsere Demokratie und für ein friedliches und soziales Europa infrage gestellt. Ich appelliere an Sie: Denken wir global und handeln wir lokal. Geben wir den gut integrierten Auszubildenden und Beschäftigten in den Betrieben eine Chance. Zeigen wir damit, dass eine andere Politik möglich ist.



Katholische Erzieherinnen begehren auf

In einer beispiellosen Aktion haben 142 ErzieherInnen aus 18 katholischen Einrichtungen eine angemessene Eingruppierung entsprechend ihrer Qualifikation und ihrer tatsächlichen Tätigkeit gefordert. Ihr Brief ging an Rottenburgs Bürgermeisterriege und an alle Fraktionen.

22 Erzieherinnen kamen in die Fragestunde des Gemeinderats und äußerten lautstark ihren Unmut über eine Bezahlung nach S4, die nicht leistungsgerecht ist, denn sie erbringen dieselbe Leistung wie die Gruppenleitungen.

Zuerst bügelte OB Neher den Vortrag von Beate Raidt ab, die Stadt sei nicht der richtige Ansprechpartner, sondern der katholische Zweckverband als Arbeitgeber. Außerdem habe die Gemeindeprüfanstalt (GPA) „also objektive Instanz“ die Einstufung der städtischen Erzieherinnen überprüft und für korrekt befunden.

Tatsache ist: Die GPA hat nur den Text, nicht aber dessen Übereinstim-

mung mit der tatsächlichen Tätigkeit überprüft.



Kulturamtsleiter Geppert holte weit aus: Die evangelische Kirche bezahle

in ihrem „offenen Konzept“ die Tätigkeiten gleich, müsse aber den Unterschied zwischen S4 und S8a selbst tragen, erhalte ihn also nicht von der Stadt. Diese zahle besser als in Tübingen, da sie 25 Prozent als Vorbereitungszeit anrechne. Beate Raidt entgegnete, dass die auch in katholischen Kitas existiere, allerdings meistens nur auf dem Papier.

Es wird jetzt darauf ankommen, dass katholische und städtische Erzieherinnen sich nicht weiter ausspielen lassen, sondern gemeinsame Aktivitäten planen, damit ihre anspruchsvolle Tätigkeiten angemessen bezahlt werden.

Dafür bekommen sie die **Unterstützung der Gemeinderäte der LINKEN**. Hier aus dem Antwortschreiben von **Christian Hörburger** und **Emanuel Peter** auf den Brief der Erzieherinnen:

Sehr geehrte Damen,

wir danken Ihnen ganz herzlich für Ihren ausführlichen Brief, dessen Inhalt wir uneingeschränkt teilen.

Wir finden Ihre Argumente für eine leistungsgerechte Bezahlung (unbegründete Rückstufung nach Elternzeit und die damit verbundene Gefahr der Altersarmut) sehr überzeugend.

Seit Jahren stellen wir – zumeist als einzige Liste im Gemeinderat Rottenburg – zu jeder Haushaltsberatung Anträge auf eine Höhergruppierung und leistungsgerechte Bezahlung für die ErzieherInnen, denn spätestens seit dem Orientierungsplan ist deutlich geworden, dass die Einstufung als „Zweitkräfte“ nicht der Realität und den gewachsenen Anforderungen an Ihre wichtige Arbeit entspricht.

Er setzt eine höhere Qualifikation für U3, Inklusion und Integration voraus und macht durch die Bewertung von Entwicklungsfortschritten, Elterngesprächen und zusätzlichen Förderungen zugleich deutlich, dass diese Zeit ein wichtiger Teil im Entwicklungs- und Bildungsprozess der Kinder ist.

Deshalb tritt **DIE LINKE** dafür ein, dass die Kinderbetreuung Teil des Grundrechts jedes Kindes auf Bildung gehört und grundsätzlich gebührenfrei sein muss. Die Erziehungskräfte müssen leistungsgerecht entlohnt werden, auch weil sie vor Altersarmut geschützt werden müssen. Diese höhere und leistungsgerechte Entlohnung wäre zugleich ein wichtiger Impuls für eine Ausbildungsoffensive, um Interessierte für die Ausbildung in PIA-Stellen zu gewinnen und den Fachkräftemangel in diesem Bereich einzuschränken.

Bisher hat die Stadtverwaltung unsere Haushaltsanträge nach angemessener Entlohnung immer mit dem Argument abgelehnt, dies würde den städtischen Haushalt zu sehr belasten, da sie indirekt auch einen Anteil für die kirchlichen Erziehungskräfte bezahlen müsste. Sie hat also kirchliche und städtische ErzieherInnen letztlich gegeneinander ausgespielt.

Deshalb begrüßen wir es sehr, wenn jetzt die kirchlichen ErzieherInnen für eine leistungsgerechte Entlohnung eintreten.

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Wird Bürgerbeteiligung zur Farce?

Provisorischer Quartierstreff im Kreuzerfeld

Nach sieben Jahren heftiger Diskussionen und vielem Gezerre hat der Gemeinderat einen Quartierstreff im alten Sparkassengebäude in der Friedrich-Ebert-Straße beschlossen. Dafür wird das Gebäude „als Übergangslösung“ mit einem Mehrzweck- und einem Gruppenraum, einer Toilette und einer Küche ertüchtigt.

Er soll genutzt werden von Mokka (Kinderbetreuung), der Volkshochschule und dem Förderverein für ein Haus der Nachbarschaft. Da die Stadt die St. Remigius-Kita übernimmt und ein Familienzentrum plant, ist der Quartierstreff ausdrücklich als Provisorium vorgesehen.

Der Beschluss hält fest: „Das Flurstück Nr. 12.608 wird als Option für einen dauerhaften Quartierstreff freigehalten.“ Damit hat die Stadt nach sieben Jahren endlich die Notwendigkeit eines Nachbarschaftstreff im Kreuzerfeld anerkannt. Von der Beteiligung der Bewohner an den Aktivitäten im Quartierstreff wird abhängen, ob die Stadt überzeugt werden kann, diese „Option“ in eine Realität umzuwandeln.

Bürgerbeteiligung – ein Erfolg?

Im Gemeinderat lobten CDU, SPD und Grüne die mustergültige Bürgerbeteiligung.



Fotos: N. Kern

Da haben sie wohl verschlafen, wie die Stadt mit dem Förderverein umgesprungen ist. Zuerst lehnte sie einen Runden Tisch zum Haus der Nachbarschaft prinzipiell ab. Nach



Idee ...

vielen erfolgreichen Treffen und zwei ideenreichen Projektwerkstätten der Bürgerinitiative (mit 70 Teilnehmern) setzte die Stadt die Bürgerinitiative



und Wirklichkeit

unter Druck, einen Verein zu gründen, weil sie sonst keinen Ansprechpartner hätte. Dann legte sie im Gemeinderat einen Beschluss vor, den Quartierstreff am Sportplatz (Alte Weilerstraße) einzurichten, aber „Die Aussicht auf schnelles Geld“ vom Bund zog nicht. Außerdem lehnte der Förderverein diesen Vorschlag einstimmig ab.

Vier Jahre nach den ersten Aktivitäten der BürgerInnen und nach mehreren Monaten städtischer Schweigepause zog Bürgermeister Weigel plötzlich ein Konzept der Bürgerbeteiligung für das gesamte

(alte und neue) Kreuzerfeld aus dem Zauberhut - eine Fragebogenaktion unter den Bewohnern, die mit ihren Antworten zugleich ihr Interesse an einem „Bürgerinnenrat“ mitteilen sollten.

Er sollte sich „aus etwa 20 bis 30 per Zufall eingeladenen Personen“ zusammensetzen, geheim über ein Quartierskonzept beraten und dann der Öffentlichkeit vorstellen – eine Provokation gegenüber den engagierten Kreuzerfeldern und dem Förderverein. Weder den Förderverein noch andere Gesprächspartner (z.B. Kirche, Freundeskreis Mensch) wollte die Stadt zunächst einladen, das musste der Gemeinderat erst durchsetzen!

Der Gipfel war, dass Birgit Reinke im Auftrag der Stadt die Entstehung des Quartierstreffs und der Bürgerinitiative im Integrationsbeirat völlig verschwieg. Da viele der freiwillig Interessierten den Eindruck hatten, dass die Stadt schon längst ihr Konzept festgezurrte hatte und sie keinen Einfluss mehr darauf nehmen konnten, kamen immer weniger Bewohner des Kreuzerfeldes zu den Arbeitskreisen. Beim Gemeinderatsbeschluss waren weder sie noch der Förderverein anwesend.

Auf diese Art „Bürgerbeteiligung“ können die BürgerInnen zukünftig gern verzichten!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Spendenaufruf für den inhaftierten Aktivistin Bariş Ateş

Liebe Interessierte, das Wahlkreisbüro Heike Hänsel organisiert den folgenden Spendenaufruf für den inhaftierten Aktivistin : Der türkische Lehrer und Aktivist Bariş Ateş lebte bis vor kurzem in Tübingen und wurde während seines Spanienurlaubs, dort aufgrund eines Haftbefehls der türkischen Behörden verhaftet. Bariş Ateş beteiligte sich in der Türkei an Studierendenprotesten und verweigerte den Kriegsdienst. Dies reichte der türkischen Justiz um ihn in einen Massenprozess mit 30 weiteren Angeklagten der Terrorunterstützung für schuldig zu sprechen. Herr Bariş Ateş floh daraufhin nach Deutschland, wo er 2012 umgehend den Flüchtlingsstatus zugesprochen bekam. Als es nun zum ersten Mal seit 6 Jahren mit seinen Kindern Urlaub machen wollte, wurde er umgehend nach seiner Ankunft in Spanien verhaftet. Den Vorwurf der Terrorunterstützung verwendet die türkische Regierung als Repressionsmittel gegen progressive und linke Aktivist*innen, zehntausende sitzen deswegen mittlerweile im Gefängnis. Aktivist*innen, welche aus dem Land geflohen sind und Asyl in einem anderen Land erhalten haben, sind der türkischen Regierung ein Dorn im Auge und werden nur all zu häufig von der Türkei mit einem internationalen Haftbefehl gesucht. Den betroffenen Personen ist es im Übrigen unmöglich diese Information zu erhalten, sie erfahren erst



Heike Hänsel **DIE LINKE.**

davon wenn sie festgenommen werden. Auf Intervention eines Anwalts kam Herr Ateş zunächst aus dem Gefängnis frei, darf Spanien aber nicht verlassen. Aber Anwält*innen kosten Geld und Herr Ateş ist zur Wahrung der eigenen Rechte dringend auf eine rechtliche Vertretung in Spanien angewiesen. Das benötigte Geld kann leider weder Herr Ateş selbst, noch seine Familie aufbringen, deswegen möchten wir, vom Wahlkreisbüro Heike Hänsel, Herrn Ateş und seine Familie mit einer Spendenkampagne unterstützen. Darüber hinaus streben wir auch eine Unterstützung des Auswärtigen Amtes und des UNHCR für Herrn Ateş an, arbeiten aber auch an politischen Lösungen: denn die Unterstützung der türkischen Praxis, politische Geflüchtete durch Interpol suchen und verhaften zu lassen muss endlich ein Ende finden! Wenn auch du Herrn Ateş und seine Familie unterstützen möchtest, dann bitte Spende an das untenstehende Konto, jeder Betrag hilft! Kontoinhaber: Heike Hänsel Betreff: Bariş Ateş IBAN: DE31 6406 1854 0052 8450 36 Mit freundlichen Grüßen -- David Schecher Wissenschaftlicher Mitarbeiter Wahlkreisbüro Heike Hänsel MdB Fraktion DIE LINKE im Bundestag Pflughofstraße 8 72070 Tübingen Tel. 07071/208810 Fax: 07071/208812 Büro Stuttgart (Donnerstag): Tel. 0711/241045

Überall droht Flächenfraß

Nicht nur in Rottenburg ist der Flächenverbrauch ein Thema und Gegenstand eines Bürgerentscheids. Wiesen und Ackerland werden überall zu Gewerbeflächen.

Gerade hat der bayrische Verfassungsgerichtshof ein von Naturschützern getragenes Volksbegehren gegen den Flächenverbrauch als unzulässig abgelehnt. Das Volksbegehren „Betonflut eindämmen - damit Bayern Heimat bleibt“ ist gescheitert. Hauptargument des Gerichts ist, dass die kommunale Planungshoheit durch die Ziele des Begehrens unzulässig eingeschränkt werde.

Die Initiative wollte den täglichen Flächenverbrauch auf 5 Hektar pro Tag begrenzen. Von 2012 bis 2015 lag der Verbrauch bei 12,1 Hektar Siedlungs- und Verkehrsfläche. In Baden-Württemberg belief sich Verbrauch 2015 auf 5,2 Hektar täglich und somit nur wenig über der Zielmarke des Volksbegehrens.

Das Interesse an einem Volksbegehren war sehr groß. Die geforderten 25.000 Unterschriften wurden mit 48.000 weit

übertroffen. Das Interesse an der Problemstellung ist deutlich sichtbar. Auch das Aktionsbündnis „KEIN Gewerbegebiet Galgenfeld/Herdweg“ bemüht sich um regionale und überregionale Zusammenarbeit.

Die CSU ist gegen eine gesetzliche Obergrenze und setzt - wie der Gemeinderat und der Verband der Wohnungsunternehmen - auf Freiwilligkeit und Anreize den Flächenverbrauch zu reduzieren und Gebäude höher zu bauen. Diese Idee ist auch für Rottenburg nicht neu.

Auch wenn das Volksbegehren in Bayern nicht erfolgreich war, hat es doch dazu beigetragen, den Tatbestand ins Bewusstsein zu rücken. Es ist gewiss nicht leicht eine vorgegebene Grenze einzuhalten ohne konkrete Vorgaben zu machen, aber warum sollten nicht Vorschläge auf den Tisch kommen, die praktikabel sind. Vielen Bürgern wird immer mehr bewusst, dass das Arten-

sterben mit dem Flächenfraß zu tun hat. Wo Gewerbe angesiedelt wird, Parkplätze und Outlets den Boden versiegeln, wächst nichts mehr und Tieren und Pflanzen wird der Lebensraum vernichtet.



Weissagung der Cree

Wenn keine gesetzliche Regelung in der vorgeschlagenen Form möglich ist und das Planungsrecht und die kommunale Selbstverwaltung Vorrang haben, sind eben die Bürger*innen aufgerufen sich auf der Ebene der Kommunen einzubringen und Fehlentwicklungen entgegenzuwirken, wie dies in Rottenburg derzeit geschieht.

Die Argumente, dass Begrenzung von Flächenfraß das Bauen von bezahlbaren Wohnungen, wirtschaftliches Wachstum und die Entwicklungsmöglichkeit von Städten und Gemeinden behindert oder gar verhindert, muss deutlich hinterfragt werden und vor allem auch welche Interessen dahinter stecken. (Ke)

Die Argumente, dass Begrenzung von Flächenfraß das Bauen von bezahlbaren Wohnungen, wirtschaftliches Wachstum und die Entwicklungsmöglichkeit von Städten und Gemeinden behindert oder gar verhindert, muss deutlich hinterfragt werden und vor allem auch welche Interessen dahinter stecken. (Ke)

Trauerarbeit Landesgartenschau

Außer Spesen nichts gewesen

Da haben sich nun in der Raumschaft Rottenburg die Kleinsten aus den Kindergärten mächtig ins Zeug gelegt, haben Bildchen an Bildchen gemalt, Grundschülerinnen und Grundschüler bastelten, klebten und pinselten in himmlischen Farben mit Kreide und Wachsstift um die Wette, Prominente aus Stadt und Land haben ihre goldenen Befürworter-Worte in die Waagschale einer herbeigesehnten Landesgartenschau in Rottenburg gelegt, ein Foto-shooting jagte das andere zu Nutz und Frommen eines Events, das die Kommune schon im Vorfeld mindestens 70.000 € gekostet hat – **und jetzt das, ein Rohrkreppierer**, weil blinde und unnachsichtige Politiker aus der Landeshauptstadt ganz anderen Gemeinden den Vorzug bei diesem Wettbewerb gegeben haben!

Quo vadis, urbs pia!?, mögen enttäuschte Bürgerinnen und Bürger jetzt in ihrer Verzweiflung am Schänzle, im Weggental oder im dunklen Forst des

Rammerts klagend gerufen haben. Denn es hätte alles so schön werden können, mit einem paradiesisch angelegten Blumenparadies in der Dommetropole, mit den Hängende Gärten von Orchideen, Rosen, Mammutbäumen und Narzissen, mit Nachen und Gondeln, die nächtens zwischen den künstlichen Archipelen im Neckar hin und her gegendelt wären, während vom

Strand nicht nur Schalmeien und Maultrommeln erklingen wären, sondern geübte Rezitatorinnen und Rezitatoren das eine oder andere Sebastian-Blau-Gedicht von Ufer zu Ufer den Lustwandelnden nach hüben und drüben zugerufen hätten, zur nämlichen Stunde wären perfekt getaktet Seilbahnen lautlos und elfengleich mit Ziel Weggental oder Rammert hoch in den Lüften über den staunenden Köpfen neuen touristischen Zielen entgegengeschwebt. **Das ist nun alles aus und vorbei, für Jahrzehnte versandet!**

Aber noch etwas schmerzt in diesem Zusammenhang des Scheiterns:

Wie hilfreich, ja segensvoll wäre es doch gewesen, wenn die Landesgartenschau in Rottenburg gewissermaßen als ökologische Ausgleichsmaßnahme die Vernichtung und Zerstörung von Acker- und Kulturlandschaft im erträumten Gewerbegebiet Galgenfeld hätte kompensieren helfen können. Auch dieser dem Grunde nach weitsichtige Schachzug der Verwaltung ist fürs Erste gescheitert und kluge und helle Köpfe werden händeringend nach neuen Veröhnungsstrategien suchen, die die Vernichtung von intakter Natur, von Grund und Boden mit Zentnern von Glückshormonen dem Bürger schmackhaft machen sollen – koste es, was es wolle.

(Wenn Sie möchten: Fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker – oder den gesunden Menschenverstand.)



Dr. Christian Hörburger
Gemeinderat
„DIE LINKE“
Rottenburg - Obernau

Die Mieten sind viel zu hoch

„So, so - dein Papa wurde also von einem Hai gefressen. Welche Sorte Hai war's denn?“ - „Ein Miethai.“
Der Mietenwahnsinn erreicht die Normalbürger, nicht nur Bezieher von Hartz 4 und Beschäftigte im Niedriglohnsektor sind betroffen.

Eine Wohnung sollte ein Zuhause sein und nicht nur ein Wirtschaftsgut. Unter dem Titel „Die neue Angst“ widmete die Berliner Zeitung am 14. April 2018 dem Thema Wohnungsnot in der Hauptstadt eine Doppelseite. Vor allem kamen Betroffene zu Wort: die Alleinerziehende, die nach der Modernisierung ihres Hauses eine saftige Mieterhöhung befürchtet, die Rollstuhlfahrerin, die das Fehlen von 40.000 barrierefreie Wohnung beklagt, der Clubbetreiber, der wegen der Verdrängung des Szenelebens die Gefahr sieht, dass er Konkurs anmelden muss, die Künstlerin, deren Atelier demnächst eine Eigentumswohnung wird, der Mieter, der vor Gericht um seine Wohnung

kämpft, die Kinderheimleiterin, deren Mietvertrag endet und die keinen bezahlbaren Ersatz findet.

Es kommt nicht an die Öffentlichkeit, dass Hartz IV - Bezieher öfters umziehen müssen, weil die Miete den Betrag überschreitet, den das Jobcenter bezahlt. Sie müssen dann in lebensunwürdige Räume ziehen.

Die Mieten für neu vermietete Wohnung sind in Berlin seit 2008 um 70 Prozent gestiegen. Jeder zweite Berliner hat Angst in den nächsten Jahren seine Wohnung zu verlieren.

Aus Stuttgart ziehen immer mehr Menschen weg, weil die Mieten ins unermessliche gestiegen sind. Morgens und abends herrscht Chaos. Straßen, Bahnen und S-Bahnen sind gnadenlos überfüllt. Wegen den weiten Anfahrtswegen haben viele Personen einen sehr langen „Arbeitsweg“, der die reine Arbeitszeit weit übersteigt.

Viel zu wenig kleine Wohnungen für Einpersonenhaushalte zu 4,- bis 5,- Euro stehen zur Verfügung. In München, Städten der Rhein-Main-Region und im Großraum Köln-Bonn fehlen besonders viele Wohnungen. In Leipzig, Dresden, Düsseldorf und Hamburg ist die Situation nicht anders. Die Angebotsmieten sind in fast allen Städten höher als die Bestandsmieten. So entsteht keine Verbesserung der Wohnungsversorgung.

Solange sich die Menschen nicht zusammenschließen und demonstrieren, werden die Mieten immer weiter steigen und den Löhnen, Einkommen, Renten und den Hartz IV -Beziehern weglauten.



(Aus meiner Rede bei der Montagsdemo in Tübingen am 18. Juni 2018)

Hans Jürgen Petersen
Rottenburg

Ratzfatz - und noch mehr Geld ist da

30 Prozent sind mehr als nur Inflationsausgleich

Kaum hat sich der Bürger mit der Erhöhung der staatlich Parteienfinanzierung abgefunden, darf er sich erneut die Augen reiben: Flugs wurden auch die Geldleistungen an die Fraktionen erhöht. Die Fraktionen im Bundestag verfügen 2018 um 30 Prozent mehr staatlicher Zuwendungen. Es werden über 115 Mio. Euro sein.

Vor wenigen Wochen beschloss die Mehrheit des Bundestages die Erhöhung der staatlichen Parteienfinanzierung. Die absolute Obergrenze steigt von 165 Mio. auf 190 Mio. jährlich. In einem gleichermaßen zügigen Verfahren wurde jetzt die Finanzierung der **Fraktionen** erhöht.

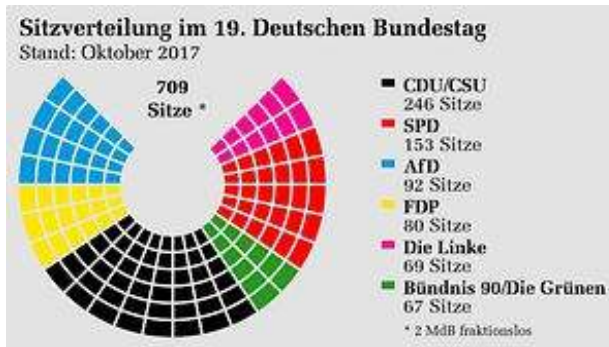
Auch die Fraktionen brauchen für ihre Arbeit Geld. Für die Berechnung gibt es ein festgelegtes Verfahren gem. Abgeordnetengesetz. Jede Fraktion hatte 2017 Anspruch auf einen festen Grundbetrag von 411.313,00 Euro und auf einen Beitrag für jedes Mitglied der Fraktion von 8586 Euro. Für Fraktionen, die nicht die Bundesregierung tragen, gibt es einen „Oppositionszuschlag“. (Vielleicht eine Art Erschwerniszulage oder einfach ein Trost-pflaster.)

Der Bundestagspräsident muss jährlich einen Anpassungsvorschlag vorlegen unter Berücksichtigung der Tarifentwicklung und der allgemeinen Preissteigerung. Der Vorschlag von Wolfgang Schäuble (CDU) sah eine Steigerung um 3 Prozent vor.

Es gibt Gründe, die höheren Ausgaben für die Fraktionen nachvollziehbar zu machen. Die Anzahl der Fraktionen hat sich auf sechs erhöht. Die FDP wurde wieder in den Bundestag gewählt und die AfD ist als größte Oppositionsfraktion dazugekommen. Entsprechend geltendem Wahlrecht erhöhte sich die Anzahl der Abgeordneten um 79 auf 709.

Der Unwillen bzw. die Unfähigkeit des Parlaments eine Wahlrechtsreform mit dem Ziel einer Verminderung der Zahl der Abgeordneten auf den Weg zu bringen, hat also den Fraktionen nicht geschadet. Im Gegenteil!

Rein theoretisch müsste sich der Bür-



ger über mehr Vertreter im Parlament freuen, denn je mehr Abgeordnete desto mehr Wählerwille im Bundestag. Eingeschränkt wird die Freude aber durch den praktizierten Fraktionszwang, der die Abgeordneten gängelt. Zudem kann man davon ausgehen, dass es bei mehr Abgeordneten auch mehr Hinterbänkler gibt, deren Arbeit vielleicht weniger effektiv für die Parlamentsarbeit ist.

Für die Finanzierung der Fraktionen gibt es keine Obergrenze wie für die Finanzierung der Parteien. Sie können sich selbstherrlich bedienen. Und sie tun es. Nach der Empfehlung des Bundestagspräsidenten hätte sich eine Steigerung von grob 88 Mio. Euro auf 112 Mio. Euro ergeben. **Warum wurde schließlich daraus ein Mehr von 30 Prozent?**

Die Fraktionen von CDU/CSU und SPD beantragten einen Zuschlag von 3 Mio. Euro. Die Begründung ist aus der Erhöhung der Parteienfinanzierung bekannt. Es bestehe „Nachrüstungsbedarf“ (!) bei der Digitalisierung und der IT-Sicherheit. Zudem verfügten die Fraktionen über keine eigenen Einnahmequellen und Spenden. (Ganz verstanden haben diejenigen, die so argu-

mentieren, den Unterschied von Partei und Fraktion wohl nicht ganz.) So kam es zu einem Betrag von 115,253 Mio. Euro.

Digitalisierung ist zur Zeit eine Art Zauberwort. Es hört sich modern an und lässt verstaubte Arbeitsweisen der Vergangenheit vergessen. Ohne Digitalisierung ist keine Zukunft möglich. Das gilt angeblich auf kommunaler Ebene ebenso wie in allen Bereichen des Lebens. Ob die Effektivität parlamentarischer Arbeit durch erheblich erhöht wird, mag bezweifelt werden. Man sollte vielleicht weniger auf mehr digitale Technik setzen und mehr auf den Ruf „Herr, schmeiss Hirn ra.“

Werden FDP, Grüne und **DIE LINKE** im Rahmen eines gemeinsamen Normenkontrollverfahrens vor das Bundesverfassungsgericht gehen, um die Rechtmäßigkeit der neuen Regelung bezüglich der **Parteienfinanzierung** prüfen zu lassen, wird die AfD dies für sich alleine in einer Organklage tun.

Jetzt belassen die Oppositionsparteien es bei Kritik. Das Tempo der Verabschiedung wird zwar auch angegriffen (Linksfraktion und FDP) wie auch die unzureichende sachliche Begründung. Den Grünen fehlt es an Transparenz bei der Vorgehensweise.

Warum sollten die Parteien auch laut Kritik an einer Regelung üben, die ihnen in gleichem Maße zugutekommt? Und - eine unerschöpfliche Geldquelle lässt man nicht versiegenden. Oder bildlich gesprochen: *Seinen Dukatenesel schlägt man nicht!*



Norbert Kern
Wendelsheim

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

#ausgehetzt – Gemeinsam gegen die Politik der Angst!

Hoffnungsvolle bayernweite Demo am 22.7.2018

Wir wehren uns gegen die verantwortungslose Politik der Spaltung von Seehofer, Söder, Dobraindt und Co. Wir setzen ein Zeichen gegen den massiven Rechtsruck in der Gesellschaft, den Überwachungsstaat, die Einschränkung unserer Freiheit und Angriffe auf die Menschenrechte.

Jetzt kommen wir! Unsere Vielfalt verbindet und macht uns stark! #bayernbleibt bunt

Nicht erst durch die AfD eskalieren Hass und Ausgrenzung in der Politik. Parteien und insbesondere die in Bayern und Berlin wahlkämpfende bayerische Regierung lassen sich ihre Agenda von undemokratischen, menschenrechtsfeindlichen und rechten Populisten vorgeben:

- Statt die Werte unserer demokratischen Grundordnung zu vertreten, werden sie demontiert, Geflüchtete kriminalisiert, in Abschiebelagern interniert, in Kriegsgebiete abgeschoben und ihre Unterstützer*innen diffamiert („AntiAbschiebe-Industrie“/Dobraindt).
- Statt Bildung und Aufklärung zu fördern und Kriminalstatistiken ehrlich zu kommunizieren, werden massiv Ängste geschürt und in Bayern das schärfste Polizeiaufgabengesetz (PAG) in Kraft gesetzt, das die Bundesrepublik je gesehen hat.
- Statt gerechten Welthandel zu fördern und Fluchtursachen zu beseitigen, werden menschenfeindliche Regime mit Geld und Waffen unterstützt und Kriege geführt.
- Statt soziale Probleme wie Pflegenotstand, Altersarmut und prekäre Arbeitsverhältnisse zu lösen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und einen gerechten Mindestlohn durchzusetzen, werden kulturelle Scheindebatten geführt wie Söders Kreuz-Erlass oder Islam-/Leitkultur-Debatten.
- Statt volle Gleichberechtigung unabhängig von sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität zu fördern, wird ein rückwärtsgewandtes Weltbild gestützt.

Tausende folgten diesem Aufruf! Aufgerufen haben Menschen aus unterschiedlichen Verbänden und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten: aus kirchlichen Zusammenhängen, der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit, Gewerkschaften und Sozialverbänden, Schulen und Universitäten, der Antikriegs- und Umweltschutzbewegung, sowie queren und feministischen Gruppierungen. Es waren nicht jene üblichen Verdächtigen, die hier aufgerufen haben, jene Linken, Vaterlandsverräter und Heimathasser. 150 Initiativen hatten aufgerufen, darunter auch DIE LINKE. Es war ein buntes Völkchen aus ganz Bayern und darüber hinaus, das demonstrierte. Nach Polizeiangaben waren es 25.000 bei der Schlusskundgebung im Regen in München.

Es waren keine anonymen Adressaten, an die sich die Demonstranten in ganz Bayern richteten. Es waren der CSU-Vorsitzende und Bundesinnenminister Seehofer, der bayrische Ministerpräsident Söder und der Chef der Landesgruppe der CSU im Bundestag Dobraindt.

Das muss sich bei der CSU, zehn Wochen vor der Landtagswahl eng anfüh-

len. Sie muss gemerkt haben, dass es sich über die Personen hinaus um Demonstrationen gegen die CSU insgesamt handelt. Sie ließ deshalb Gegenplakate aufstellen, die dokumentieren, dass die CSU noch immer nicht ver-



standen hat, worum es geht. Das Plakat ohne Hinweis auf die CSU könnte auch von den Veranstaltern sein. Paradox: Die Unanständigen rufen zu Anstand auf. Es muss sich bei der CSU um eine Art Wahrnehmungsstörung handeln.

Es hat sich in Bayern einiges an Unmut angestaut. Zuletzt war es die Art der Thematisierung der Migration als Asyltourismus, zuvor war es das Polizeiaufgabengesetz. Gegen dieses Gesetz demonstrierten vor Wochen ebenfalls Tausende. Auch der Kreuzerlass, Kreuze in den Behörden aufhängen zu lassen, erzeugte Widerstand.

Man mag die Bayern in ihren Lederhosen und mit ihren Laptops belächeln, aber über Heimatliebe hinaus verfügen viele, sehr viele, über ein Gespür, was politischer Anstand heißt und wie er umzusetzen ist. Die CSU wird sich

anstrengen müssen, diesen Erwartungen zu entsprechen. Übrigens sind es nicht nur die weltoffenen, liberalen Bürger in den Städten, es sind auch die bodenständigen Bayern, die ein Verständnis von Anstand haben, das nicht dem der CSU-Führung entspricht. Vielleicht ist dies auch eine Art bewundernswerter Dickköpfigkeit, die

sich jetzt gegen die CSU wendet. Warum sollte dieses „mir san mir“ nicht auch in anderen Bundesländern zum Ausdruck kommen? Die andere Art „besorgter“ Bürger muss sich zu Wort melden und nicht als schweigende Mehrheit verharren.



Die Demonstrationen können Mut machen und Vorbild sein, gerade in ihrer Vielfalt quer durch die Bevölkerung. Machen wir „mir san mir“ auch zu unserem Kampf. (Ke)

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Theater, Theater! Nichts als poltern und drohen

Was war es nun? Sommertheater, Schmierentheater, Komödienstadel oder Kasperltheater? Oder einfach Politzirkus? Die Beurteilung wird nicht einmal davon abhängig sein, von welchem Zuschauerplatz man das Schauspiel verfolgen musste. Es hat niemandem gefallen, außer denen, die den Stammtisch biervornebelt zur Belustigung nutzen.

Eines lässt sich mit Bestimmtheit sagen: großes Theater war es nicht, was da auf der Berliner Bundesbühne aufgeführt wurde. Es war bestenfalls viertklassig.

Die Besetzung war miserabel. Man sollte gegen die Künstleragentur vorgehen. Wer solche Schauspieler vermittelt, dem müsste die Lizenz entzogen werden. Die Agentur CSU lieferte höchstens Laienschauspieler, die zwar mit geblähter Brust an die Rampe traten, dann aber nicht wie Heldenentore auftraten, sondern wie Chorbuben eines oberbayrischen Knabenchors im Stimmbruch. Ach was, es waren keine Chorsänger. Sie gerierten sich wie Solisten. Gemeinsam war ihnen nur der Text und der war holprig formuliert. Er strotzte von zusammengesetzten Wörtern mit „Asyl“ und ergab keinen Sinn. Es waren hässliche Texte.

Ansonsten waren es nicht einmal benadete Selbstdarsteller. Als sie später die vernichtenden Kritiken lasen, fielen sie übereinander her und gaben jeweils den anderen Partnern die Schuld an der misslungenen Aufführung. Eben kein Chorgeist. Zu tollpatschig stolperten sie auf die Bühne, um ernst genommen zu werden.



Es wurde schnell klar, welche Art von Publikum sie mit ihrer Komödie - oder war es nicht doch eher ein Trauerspiel? - erfreuen wollten. Es waren jene Zuschauer, die damit liebäugelten in Zukunft bei AfD ihre Tickets zu erwerben und die wieder zurück geholt werden sollten zu ihrem alten Kartenhäuschen. Was man ihnen jetzt bot, kannten sie schon hinlänglich. Die Texte waren bekannt und es wurde schnell klar, dass das gespielte Stück nur ein Plagiat längst bekannter Phrasen waren. Man konnte ihren Gesichtern ansehen, wie gelangweilt sie waren. Warum sollten ihnen die Künstler der CSU mehr Unterhaltung bieten als die der AfD? Sie werden ihr nächstes Abonnement bei der AfD bu-

chen. Kenner lieben das Original. Die blasse Kopie ist für sie wertlos.

Die Agentur CSU hätte sich denken können, dass Machos nicht teamfähig sind und per se egozentrisch sind. Ein auf sich fixierter Innenminister und (noch) Parteichef kann nicht mit seinem ebenso auf sich fixierten Nachfolger als Ministerpräsidenten zusammenspielen. Keiner gönnt dem anderen den geringsten Beifall. Nicht einmal, wenn das Publikum Buhrufe won sich gibt und „Aufhören! Aufhören!“ kreischt, zweifeln sie an ihrer Qualität als Mimen und sie fragen sich nicht, wie groß denn ihr Unterhaltungswert überhaupt ist. Einem der seine Rolle als Verkehrsminister schon nicht beherrschte, sollte man auch keine andere geben. Mauthalunken verdienen keine zweite Chance.

Zu hoffen bleibt, dass diese Schauspielertruppe nur ein kurzes Gastspiel gibt. Sie verdirbt den Ruf eines Hauses schneller als ihnen selbst lieb sein kann. Und wenn sie glauben die Regisseurin mit in den Abgrund reißen zu können, so verkennen sie deren Klebefkraft an ihrem Stuhl.

Norbert Kern, Wendelsheim

Termine:

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad

Samstag, 28. Juli 2018, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Bitte die Raumänderung beachten!!!

Mittwoch, 1. August 2018, 19.30 Uhr, AWO-Heim, St. Moriz-Platz 7

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad

Samstag, 25. August 2018, 10.00 - 12.00 Uhr

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad

Samstag, 22. September 2018, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 26. September 2018, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock

Kontakt zu **linksjugend rottenburg:**

facebook.com/solid-rottenburg-a.N.

E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die September-Ausgabe: **Freitag, 17. August 2018**

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion

Norbert Kern (Ke), 72108 Rottenburg - Wendelsheim, Kornbühlstraße 75



V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg
Eichendorffstr. 49

